

uns hier über inhaltliche Fragen unserer Programmatik und unseres Statuts verständigen. *(Beifall)*

Genossen! Ich bin für den Namen „Sozialistische Einheitspartei Deutschlands“, *(Beifall)* nach langen inneren Kämpfen. Ich muß euch sagen, in den letzten 14 Tagen bin ich nach jeder Veranstaltung mit einer anderen Meinung herausgegangen und habe mich den verschiedensten Argumenten angeschlossen. Ich bin dafür, daß wir über diese Frage auf unserem nächsten ordentlichen Parteitag entscheiden sollten, vielleicht frei von Emotionen, vielleicht nach nochmaligem Überlegen der rechtlichen und historischen Aspekte. Es gab schon andere Parteien in der Geschichte, die mit ihren Namen eine Vergangenheit bewältigt haben.

Einige Gedanken zum Gesundheitsschutz als Ganzes. Ich möchte bezug nehmen auf den Satz im Diskussionspapier „auf individuelle Freiheit und Grundrechte gegründete Solidarität der Entwicklung aller“. Ich vertrete natürlich das Gesundheits- und Sozialwesen und möchte etwas zur Gesundheit allgemein sagen:

Wenn ich von Gesundheit spreche, dann meine ich dies im Sinne der WHO-Definition, daß Gesundheit nämlich mehr ist als Freisein von Krankheit; es ist die Einheit von körperlichem, geistigem und sozialem Wohlbefinden. Diese internationale Organisation hat Gesundheit für alle bis zum Jahr 2000 beschlossen. Ein solcher erweiterter Gesundheitsbegriff gehört meines Erachtens in eine programmatische Aussage unserer Partei. Er umfaßt für mich in idealer Verallgemeinerung das Ziel einer demokratischen sozialistischen Gesellschaft: Die freie Entwicklung eines jeden als Bedingung für die freie Entwicklung aller ist ohne Gesundheit in diesem definierten Sinne undenkbar.

Welche Positionen hätte ich in die Diskussion für einen alternativen demokratischen Sozialismus aus dieser Position heraus einzubringen?

Erstens, ein alternativer demokratischer Sozialismus und die ihn vertretende Partei muß der Gesundheit im oben verstandenen Sinne höchste Priorität in ihrem Wertesystem einräumen.

Zweitens, ein alternativer demokratischer Sozialismus und die ihn vertretende Partei darf keine staatliche Entscheidung dulden und politisch mittragen, die in irgendeiner Form dieses Prinzip der Gesundheit verletzt. Das reicht von Umweltschutz über die kommunalhygienischen Fragen, Lebensweise bis hin zum gesunden Wohnen.

Ein letzter Gedanke: Ein alternativer demokratischer Sozialismus und die ihn vertretende Partei muß eine deutliche Position zur Sorge um unsere älteren Bürger und behinderte und geschädigte Bürger haben, als dies mit „Solidargemeinschaft“ umschrieben ist. Wir haben an diesen Gruppen bisher gesündigt, und eine Partei, die dem Leistungsprinzip verpflichtet sein will, muß sich dazu ganz zwingend äußern. – Danke. *(Beifall)*

**Wolfgang Berghofer:** Wollen wir uns auch im Interesse der Demokratie so verständigen: Fünf Minuten haben wir beschlossen. Das Wort hat Genossin Erika Resek. Es bereitet sich vor Genosse Matthias Gabler, Erfurt.